

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinsten Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Diese Woche 38 000 000 M. mit
Zutragen. Einzelne Nummern 6 500 000 M.
Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nummer 3.
Gemeinde-Verbands-Ordnungs Nummer 3.
Postcheckkonto Dresden 12 548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite
Zeile 120 M. x Schließjahr 100 000.
Eingeliefert und Reklamen Zeile 300 M. x je-
weilige Schließjahr.

Verantwortlicher Redakteur: Felix Jöhne. — Druck und Verlag: Carl Jöhne in Dippoldiswalde.

Nr. 239

Freitag den 12. Oktober 1923

89. Jahrgang

Vertikales und Sächsisches

Dippoldiswalde. Das Regenwetter der letzten Tage hat ein bedeutendes Anwachsen der Weißeritz mit sich gebracht, die seit gestern früh bedeutende Wassermengen zu Tal führt. Das Wasser fließt jedoch ruhig ab, daß irgendwelche Gefahr nicht besteht. Die Bauarbeiten an der Weißeritzstraße werden durch die Wasserfülle allerdings beeinträchtigt. Aus der Vorperiode wird das Wasser noch weiter abgelassen, sobald sie seit dem letzten Fischzug noch immer nicht gefüllt ist, und auch an der Hauptperle fließen große Wassermengen ab, so daß ein schnelles Wachsen deren Wasserspiegels vorerst nicht zu erwarten ist.

Das starke Ansteigen des Dollars, dessen Herrschaft durch die Preispolitik der Papierlieferanten — leider — auch die Zeitungsvorleger unterworfen sind, wie auch das Anwachsen der Reichsrenten der Lebenshaltungskosten in der vergangenen Woche, die maßgebend ist für die Höhe der Löhne usw., bedingt auch eine bedeutende Erhöhung des Zeitungsbezugspreises für die kommende Woche. Wir mahnen den Bezugspreis auf 145 Millionen Mark bei freier Zustellung und 140 Millionen Mark bei Abholung in der Geschäftsstelle festzusetzen. Wir bitten unsere Bezugsnehmer, davon überzeugt zu sein, daß nur ein unabwendbares Verbot, den Bestand unserer Zeitung in eine hoffentlich nicht mehr allzuferne Zukunft zu bringen, uns zu dieser Preisbildung veranlaßt hat, und geben dabei zu bedenken, daß nach dem gestrigen Dollarkurs der Preis eines unbedruckten vierseitigen Zeitungsbogens, der in Oblomark bezahlt werden muß, 80 Millionen Papiermark beträgt.

Seitens der Mitglieder der Preisprüfstelle und des Kontrollausschusses wird zu morgen Sonnabend nach der Reichshörnung zu einer Versammlung eingeladen werden, in der die Frage der Kartoffelverwertung zur Besprechung steht. (Siehe Inserat in heutiger Nummer.)

Bei der Gebäudemitversicherung bei der Landesbrandversicherungsanstalt werden zur Deckung des Bedarfs bei der Gebäudemitversicherung am 1. November 500 000 M. auf die Einheit außerordentlich erhoben werden. — Der Feuerungsbeitrag für Brandschäden wird vom 10. Oktober 1923 ab auf 2 999 999 900 fürs Hundert festgesetzt, so daß insgesamt das 30 000 000 fache der Friedensschadenersatz bei Brandfällen gewährt wird. Schadenersatzleistungen, die vor dem 10. Oktober 1923 tatsächlich festgestellt worden sind, bleiben hieron unberührt.

Die Kartoffelpreise. Da über die Schuldfrage an den hohen Kartoffelpreisen in Kreise der Konsumenten zum Teil irrtümliche Vorstellungen bestehen, hält es das Wirtschaftsministerium für notwendig, der Öffentlichkeit längere Ausführungen hierüber zu unterbreiten. Darin heißt es: Es rächt sich bitter, daß sich die Reichsregierung hartnäckig geweigert hat, dem rechtzeitig vom sächsischen Wirtschaftsministerium gestellten Antrag auf Einstellung einer Kartoffelumlage stattzugeben. Die Hauptschuld an dem wahnhaft hohen Kartoffelpreisen trifft die Landwirtschaft, während dem Großhandel unangemessene Gewinne in allen Fällen, die gewissenhaft nachgeprüft wurden, keineswegs nachgeschlagen werden konnten. Besonders haben sich die landwirtschaftlichen Erzeuger in Obersachsen und der Mark Brandenburg außerordentlich selbstherrlich verhalten. Die Erzeugergebiete würden überlaufen von Aufkäufern aus dem Industriegebiet, vor allem Rheinland, Ruhrgebiet, Obersachsen und auch aus den freien Reichstädten, die Riesensummen von Papiergeld (Blechgiften in der Höhe eines Tisches mit neuen Goldscheinen in Reichsbankpackung) mit sich führen. Diese Aufkäufer sind dann in der Lage, jeden Preis zu bieten, vor allem, sofort zu bezahlen. Wer nicht mit ungeheuren Summen kommt, wird überhaupt nicht beliefert. Der Preis, der von den Aufkäufern gefordert wird, liegt schon seit mehreren Tagen erheblich über 2 Goldmark. Es sind sogar schon Preise von 3 Goldmark für den Zentner genannt worden. Von den Erzeugern werden größere Mengen von Kartoffeln in den Brenneren verbrannt und auch verflocht. Das sächsische Wirtschaftsministerium hat bereits in der vorigen Woche deshalb beim Reich das Brenn- und Floderverbot aller epharen Kartoffeln beantragt. In einem Falle wurde festgesetzt, daß in drei Tagen der Goldmarkpreis für den Zentner Kartoffeln beim Erzeuger bis auf das Doppelte gestiegen war. Wenn auch innerhalb der sächsischen Landwirtschaft solche Ungehörlichkeiten noch nicht festgestellt werden konnten, so gibt das nicht den Ausschlag, denn der größte Teil des sächsischen Kartoffelbedarfs muß von der außer-sächsischen Landwirtschaft bezogen werden. Das Wirtschaftsministerium hat das Reichsernährungsministerium von diesen Umständen unterrichtet und beantragt, daß das Reich Höchst- oder Richtpreise für Kartoffeln festsetzt. Man muß dann, wenn das Reich gegen diese Ungehörlichkeit der agrarischen Erzeuger nicht vorgeht und die Konsumenten schätzt, die gesamte Reichsregierung für alle Folgen verantwortlich machen.

Aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird mitgeteilt: Die Beschlüsse des Reichsrats zu dem Entwurf über die Brotverforgung werden in der Öffentlichkeit zum Teil dahin gedeutet, als ob die Brotverforgung auf Marken über den 15. Oktober hinaus nun doch wieder eingeführt werden solle. Diese Auffassung entspricht nicht den Tatsachen. Nach dem Entwurf der Regierung und den zu ihm gefaßten Beschlüssen des Reichsrates bleibt es dabei, daß die Markenbrotverforgung am 15. Oktober ihr Ende findet. Damit es jedoch nicht zu Störungen in der Brotverforgung der Bevölkerung kommt, gibt der Entwurf, wie er von der Reichsregierung vorgelegt und vom Reichsrat angenommen worden ist, die Möglichkeit, daß die Reichsregierung auf die Kommunalverbände, in denen etwa Schwierigkeiten auftauchen könnten, auf Antrag des Kommunalverbandes Brotgetreide bis zu 150 Gramm Mehl täglich für den Kopf der bisher versorgungsberechtigten Bevölkerung hinaus liefert. Dem Kommunalverband wird die Möglichkeit geboten, den Absatz dieses Getreides und des daraus gemahlten Mehles zu überwachen. — Soweit uns bekannt ist, ist im sächsischen Kommunalverbandesbezirk die Brotverforgung ausreichend gesichert. Der Brotpreis wird allerdings wohl bedeutend höher sein, und muß dann für Sozialrentner und der Fürsorge-Unterstützte die sogenannte Brotsteuer wirksam werden.

Die neuen Milchpreise werden, wie wir hören, laut Bekanntmachung des Wirtschaftsministeriums diesmal bereits ab Sonnabend (nicht wie früher Sonntag) in Kraft treten und sind

als Erzeugerhöchstpreis auf 15,5 in Zone 1 und 15,85 Millionen Mark in Zone 2 normiert, sollen in Zukunft auch wöchentlich 2 mal festgelegt werden.

Ausländerbeschäftigung in der Landwirtschaft. Die Beschäftigung von Ausländern in landwirtschaftlichen Betrieben ist wie in den vergangenen Jahren auch für 1924 von der Genehmigung durch das Landesamt für Arbeitsvermittlung abhängig. Für das Genehmigungsverfahren ist die Verordnung des Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung vom 2. Januar 1923, veröffentlicht in Nr. 15 der Staatszeitung vom 18. Januar 1923, auch für das Jahr 1924 maßgebend. Das Landesamt für Arbeitsvermittlung in Dresden hat angeordnet, daß die Anträge auf Weiterbeschäftigung und Neueinstellung getrennt bis zum 27. Oktober 1923 bei dem zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweis zu stellen sind. Gedruckte Formulare sind bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen anzufordern. Später eingehende Anträge können grundsätzlich nicht berücksichtigt werden. In Anbetracht der besonders im Freistaat Sachsen mangelhaften Arbeitsmarktverhältnisse sind heute darauf hingewiesen, daß die Genehmigung zur Beschäftigung von Ausländern nur in ganz dringenden Fällen und zur Vermeidung von Härten erteilt werden kann. Die Anträge sind nicht an das Landesamt für Arbeitsvermittlung direkt zu richten, sondern an den zuständigen Arbeitsnachweis des Bezirkes, in dem der Antragsteller wohnt.

Was ist eine Kilowattstunde? Unter den Verbrauchern elektrischen Stromes sind vielfach noch falsche Meinungen verbreitet über den Begriff einer Kilowattstunde. Eine Metalladlampe von 16 Kerzen kann beispielsweise 50 Stunden lang brennen, ehe eine Kilowattstunde verbraucht ist. Eine 25kerzige Glühlampe würde, da sie höheren Stromverbrauch hat, in ungefähr 40 Brennstunden eine Kilowattstunde aufgebraucht haben. Die alten Kohlenadlampen brauchen bei gleicher Kerzenstärke den vierfachen Strom. Motoren verbrauchen bei der gewöhnlich aufgetretenen ¼-Verlastung, wenn sie eine Stunde ununterbrochen in Betrieb sind, etwa eine halbe Kilowattstunde für jede Pferdestärke; ein ½-PS-Motor kann demnach etwa 4 Stunden laufen, ehe eine Kilowattstunde verbraucht ist. Ein 3-PS-Motor würde etwa nach einer halben Stunde diese Strommenge verzehrt haben. Man sieht hieraus, daß der Stromverbrauch in den meisten Fällen überschätzt wird.

Lauenstein. Am Dienstag den 10. ds. Mts. vormittags 10 Uhr öffnet die hiesige Landwirtschaftsschule ihre Pforten für das neue Wintersemester. Da die Höchstzahl an Schülern noch nicht erreicht ist, finden an diesem Tage auch noch Aufnahmen von bisher nicht angemeldeten Schülern statt.

Dresden, 11. Oktober. Zum zweiten Male in dieser Woche stand die aberaumte Landtagssitzung im Zeichen eines großen Tages. Wieder war das Ständebeschäft von starken Meinungen über die Regenwetter, ein unglaubliches Werdn von Einlagegehenden. Die öffentlichen Erlebnisse waren bis auf den letzten Platz besetzt. Um 1 Uhr eröffnete Präsident Winkler die Sitzung mit der Erklärung: Der Landesvorstand hat mit den Vorstehenden der Fraktionen getagt und schlägt dem Hause vor, daß unter Abnahme von der Tagesordnung die heutige Sitzung nicht stattfinden und daß die nächste Sitzung Freitag früh 10 Uhr abgehalten wird mit der Tagesordnung: Entgegennahme einer Regierungserklärung. Am nächsten Dienstag erst soll die Regierungserklärung erfolgen, damit die einzelnen Fraktionen die Möglichkeit haben, zu der heutigen Sachlage Stellung zu nehmen. (Während der Erklärung des Präsidenten erscheint auf der Tribüne ein Photograph. Aus den Reihen der Abgeordneten ertönen Entrüstungsrufe, wie: „Unhör!“) — Der Vergegenwartung wird ohne Aussprache angenommen. Abg. Dr. Seifert (Schwarz) vernimmt, da er mit seiner Prophezeiung, daß die Sitzung erst nächste Woche werden stattfinden können, Recht zu behalten scheint. — Der Präsident schließt die Sitzung. Das Haus leert sich nur langsam. — Nächste Sitzung: Freitag, 12. Oktober, vormittags 10 Uhr.

Dresden. Der neue Finanzminister des kommunistisch-sozialistischen Kabinetts, der Kommunist Wötcher, erklärte einem Mitarbeiter des Teleton-Sachendienst über die Stellung des neuen sächsischen Kabinetts zum Ausnahmestände: Wir werden alles tun, um einen Bürgerkrieg zu vermeiden. Eine Reichsregulierung in Sachen würde in Deutschland das Signal zum Bürgerkrieg sein. Die Basis der sächsischen Regierung in der Arbeiterfrage ist so breit, daß die Reichsregierung solche Schritte nur tun kann, wenn sie die Absicht hat, die Arbeiterorganisationen im Reich zu zertrümmern und damit den Bürgerkrieg auszulösen.

Wie der Teleton-Sachendienst zuverlässig berichtet, finden morgen die abschließenden Verhandlungen zwischen DSPD und SPD, beiderseits Vertretung der gleichen Koalition wie in Sachen in Thüringen statt.

Dem Freistaat Sachsen war vor kurzem vom Reich ein Darlehenskredit von 80 Millionen Mark für die Staatsbetriebe gegeben worden. Ein erheblicher Teil dieser Kredite wird auch dem weiteren Ausbau der Böhlen-Rothhaer staatlichen Kohlenwerke zufließen. Der Freistaat Sachsen hat solche Kredite schon mehrfach vom Reich in Anspruch genommen, um den Ausbau der staatlichen Betriebe weiterzuführen zu können und die bei den Bauten beschäftigten Arbeiter nicht erwerbslos werden zu lassen.

Dresden. Der Rat bewilligte für die Sommerperiode ein Budget der Fehlbeträge auf die Sommerperiode ein Berechnungsbudget von 85 Milliarden Mark und zum Ankauf von Aufschußlebensmitteln für den Winter ein solches von 700 Milliarden.

In den Morgenstunden des Mittwoch wurde in der Dresdner Heide auf der Kennenheidestraße eine Kraftdrochke in halbzertrümmertem Zustande im Stranggraben an einem Baume lehnend aufgefunden. Neben der Drochke lag tot der Chauffeur. Die Morbkommission stellte fest, daß es sich nicht, wie ursprünglich angenommen, um einen Unglücksfall, sondern um ein schweres Verbrechen handelt. Ein Hinterhofs des Toten, der als äußerst zuverlässiger Chauffeur bekannt war, fand sich eine Schußverletzung. Im Innern der Drochke lag in einer größeren Umlage das abgeschraubte Drochke-Rummerschild. Die Lagenuhr, die völlig unbeschädigt neben dem Auto lag, ist nach dem Befund offenbar auch von den Tätern abgeschraubt worden, um die Kraftdrochke als solche unkenntlich zu

machen. Hiernach ist anzunehmen, daß die Täter ursprünglich die Absicht gehabt haben, das Auto selbst zu rauben. Schließlich haben sie sich darauf beschränkt, den Chauffeur Richter zu rauben, dessen Briefstasche, die einen höheren Geldebetrag enthalten haben muß, fehlt.

Was wird mit der Baize? Wie berichtet, sind die Brüder Leukroth, welche die dem Staatsfiskus gehörende Baize bewirtschafteten, aus dem Pachtverträge ausgeschlossen. Die Familie Leukroth, die seit vier Jahrzehnten die Baize bewirtschaftete und durch ihre anerkannte Tüchtigkeit die Wirtschaft auf eine Höhe brachte, welche mit zu dem Weltrufe dieses herrlichen Aussichtspunktes beitrug, hat im Laufe der Jahrzehnte auf der Baize viele Verbesserungen getroffen, Baulichkeiten selbst auszuführen lassen und ein Inventar nach und nach beschafft, das eine Einzelperson zu übernehmen heute finanziell kaum in der Lage ist. Das Hotel, Gastwirtschafts- und sonstige Inventar, einschließlich des beträchtlichen Fuhrparks, ist Anfang des Monats zum erheblichen Teile versteigert worden. Die mehrere Tage währende Versteigerung fand ansehnlich der Fälle der zur Versteigerung gekommenen Gegenstände einen sehr starken Besuch. Daß die Gebrüder Leukroth den Baizebetrieb aufgeben mußten, ist darauf zurückzuführen, daß der Staat den bisherigen Pächtern Bestimmungen auferlegen wollte, welche die Gebrüder Leukroth nicht übernehmen konnten, ohne die Rentabilität des gesamten Betriebes aufs schwerste zu gefährden. Es hatte sich, wie mitgeteilt, ein Pächter gefunden, dessen Pachtvertrag ist aber inzwischen wieder hinfällig geworden. Die Stecker der Bewirtschaftung auf der Baize bringt nicht nur den umliegenden Ortsschaften und Aussichtspunkten, die bisher durch den Besuch der Baize profitierten, sondern auch dem Staate Nachteile, und die Frage ist durchaus berechtigt, ob das sächsische Finanzministerium nicht doch hätte Mittel und Wege finden können, um sich mit den Gebrüder Leukroth zu einigen.

Dresden, 11. Oktober. Der Herr Reichsminister der Finanzen hat den Umrechnungsplan für die Landabgabe für die Zeit vom 13. Oktober bis 16. Oktober einschließlich auf 243 Millionen festgesetzt.

Die Teleton-Sachendienst zuverlässig erzählt, soll der sächsische Gesandte in Berlin, Dr. Bradnauer, demnächst abberufen werden.

Pirna. Als ein hiesiger Hilfsmaschinist L. mit einem Arbeitskollegen aus der Viehleite Holz abfahren wollte, kam auf der stark abschüssigen Rodelbahn der Wagen so stark ins Rollen, daß er nicht mehr gehalten werden konnte. L. kam dabei zu Fall und brach das Rückgrat, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Die Eingemeindung der Landgemeinde Neundorf nach Pirna ist vom Ministerium des Innern endgültig genehmigt worden. Auch die Eingemeindung von Züschendorf nach Pirna ab 1. Oktober 1923 hat die ministerielle Genehmigung gefunden.

Kommahaus. Vierhundert Jahre sind vergangen, seit die Stadtkirche in ihrer jetzigen Gestalt im Bau vollendet wurde. Die Kirchengemeindevorstellung hat beschlossen, dieses Kirchjubiläum am 28. Oktober d. J. zu begehen. Die Feier soll den Zeitumständen gemäß in einfacher Form vor sich gehen.

Großenhain. Hier liefen seit einigen Tagen Gerüchte über das Anwesen von Zopfabschneidern um. Die von der Kriminalpolizei angestellten Ermittlungen ergaben, daß vier 13jährige Mädchen sich die Haare gegenseitig selbst abgeschnitten hatten, um zu der längst gewünschten Subi-Frisur zu kommen.

Miesla. Das Rauchhammerwerk hatte sich infolge Absatzschwierigkeiten außerstande gesehen, die Arbeitslöhne in der geforderten Höhe zu bewilligen. Die Werksleitung sah sich deshalb genötigt, die Stilllegung des Betriebes von Donnerstag ab bis auf weiteres anzuordnen, nachdem die Betriebsräte des Werkes bereits seit längerer Zeit auf die bestehenden Schwierigkeiten aufmerksam gemacht worden waren. Um den gesellschaftlichen Vorkurs zu gewinnen, wird während der nächsten vierzehn Tage voll gearbeitet; nach Ablauf dieser Frist wird voraussichtlich verkürzte Arbeitszeit eingeführt werden.

Leipzig. Eine für das ganze sächsische Schulwesen sehr bedeutende Entscheidung hat soeben die achte Strafkammer des Leipziger Landgerichts gefällt. Ein Leipziger Vater, Justizoberwachmeister M., hatte vom Schulamt eine Strafverfügung bekommen, weil er seinen zwölfjährigen Sohn vom Besuch der Versuchsschule Leipzig-Connewitz zurückgehalten hatte. Die im Bezirk dieser Schule wohnenden Eltern waren gezwungen worden, ihre Kinder in diese Schule zu schicken, auch, nachdem sie aus einer Bezirkschule in eine Versuchsschule umgewandelt worden war. Die Gesuche jenes Vaters, seinen Sohn in einer anderen Versuchsschule unterzubringen, waren vom Schulamt wie vom Ministerium abschlägig beschieden worden. Schließlich nahm er seinen Sohn von der Schule, deren nachteilige Wirkungen er an demselben deutlich wahrnahm, weg und tat ihn in eine Reife Realschule. In der Gerichtsverhandlung traten eine Reihe Zeugen auf, welche schwerbelastende Auslagen über den in dieser Schule herrschenden Geist und die Art des Schulbetriebes machten. Das Gericht sprach denn auch den Angeklagten frei, da es zu der Überzeugung gelangte, daß die Versuchsschule nicht gleichwertig mit den anderen Versuchsschulen sei, und daß kein Kind gegen den Willen seiner Eltern gezwungen werden könne, diese Schule zu besuchen. Die Berufungskammer ging in ihrem Urteil noch darüber hinaus und entschied, daß die Versuchsschule keine Schule im Sinne des Reichsschulgesetzes sei. Sie habe eine ganz andere pädagogische Grundlage und suche ihre Ziele in ganz verschiedener Methode zu erreichen.

Leipzig. In Mochern wurde die Leiche eines 75jährigen Kleinrentners, der früher in guten Verhältnissen lebte, aus der Erde gezogen. Er hat seinem Leben wegen Ernährungsorgen ein Ende bereitet. Aus demselben Grunde ertränkte sich im Viehstallhause ein im 65 Lebensjahre stehender Rentner. Die Leichen wurden nach der Anatomie gebracht. Von hier aus wurde ihnen das Armenbegräbnis zu teil, da die Angehörigen nicht in der Lage sind, die Begräbniskosten zu tragen.

Geißhau. In der Nacht zum Sonntag wurde aus einem Stall in Kleinprießlich ein Schwein von etwa 2 ½ Zentner gestohlen.

Der britische Staatenbund.

Die außerordentliche Wichtigkeit der Verhandlungen, die jetzt zwischen der englischen Regierung und den Vertretern der Dominions in London geführt werden, erhellt schon aus der in der Geschichte des Britischen Reiches sehr seltenen Tatsache des Ausschusses der Öffentlichkeit. Die wichtigsten Dinge werden hinter verschlossenen Türen verhandelt. Das kann nur darin seinen Grund haben, daß es das englische Kabinett für gefährlich hält, der Welt die Beweggründe ihrer auswärtigen Politik mitzuteilen, aber sich doch für verpflichtet hält, sie den Vertretern der Dominions nicht zu verheimlichen, weil es ihr darauf ankommt, die Zustimmung ihrer Kolonien, deren Unterstützung ihr unentbehrlich ist, zu finden.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß in den geheimen Verhandlungen der Reichskonferenz das Verhältnis zu Frankreich und Deutschland ausgiebig erörtert worden ist und daß die Mehrheit der Vertreter der Dominions mit der Regierung bisher getriebenen schwachen und nachgiebigen Politik in der Reparationsfrage, in der sich ja zurzeit die europäische Politik des englischen Kabinetts erschöpft, nicht einverstanden ist. Will also die Regierung die Zustimmung ihrer Kolonien finden, so muß sie diese Politik sehr wesentlich ändern. Nicht nur in den Dominions, sondern auch in England selbst aber finden immer weitere Kreise, daß die bis zum völligen Verzicht auf irgendwelchen bestimmenden Einfluß in Europa sich steigende Nachgiebigkeit Englands gegen die französische Machtpolitik unerträglich wird und in absehbarer Zeit die Weltstellung Englands von Grund aus verändern muß.

Die Rede, die Lord Curzon gehalten hat, hat schon in dem Teil, der veröffentlicht worden ist, den günstigen Eindruck, den Baldwin's Eröffnungsrede in Frankreich machte, vollständig ausgeglichen. Der englische Minister des Auswärtigen hat eine ungewöhnlich schlechte Presse jenseits des Kanals. Was muß erst in denjenigen Teilen der Rede gesagt worden sein, die der Öffentlichkeit doch wahrscheinlich aus dem Grunde vorenthalten wurden, weil man es noch nicht für nützlich hält, auf die französische Empfindlichkeit gar keine Rücksicht mehr zu nehmen?

Daß England, dessen Regierung bekanntlich auf die letzte große Note Poincarés und das französische Gelddruck noch nicht geantwortet hat, nur die Reichskonferenz abwarten wollte, um auf dem Resonanzboden, der durch die Zustimmung der Vertreter von zwei Dritteln des Erdballs geschaffen wird, die Lösung der Reparationsfrage und der mit ihr zusammenhängenden Angelegenheiten ernstlich in die Hand zu nehmen, geht aus einem Artikel der „Times“ hervor, in dem es heißt: „Der Ernst der Lage in Europa und seine Wirkung auf die Nationen ist erhöht worden. Ein konkreter Plan für eine Regelung außer verschiedenen Vorschlägen praktischen Charakters ist vorgelegt worden. Das Hauptmerkmal der Verhandlungen ist der Versuch gewesen, das unmittlere Problem des europäischen Chaos endgültig anzufassen.“

Aber die Verhandlungen über die auswärtige Politik werden an Wichtigkeit noch übertroffen durch die Verhandlungen über die Umgestaltung des Britischen Reiches in einen Bundesstaat. Die Dominions scheinen insgesamt vom Mutterlande vollkommene Gleichberechtigung zu verlangen. Die Reichskonferenz soll zu einer Körperschaft werden, die im Gefolge der Gemeinschaft der britischen Nationen dieselbe Stelle einzunehmen berufen ist, die in Bismarcks Deutschland der Bundesrat eingenommen hat. Die Dominions wollen sich einen dauernden Einfluß auf die englische Politik sichern, die sie ja, wie der Krieg bewiesen hat, in Mitleidenschaft zieht.

Der Einfluß der britischen Politik auf die Weltereignisse kann durch eine solche Veränderung des Verhältnisses zwischen dem Mutterlande und den Kolonien sogar noch verstärkt werden. Denn, was nach dieser Regelung von London aus auf dem Gebiete der auswärtigen Politik geschehen wird, das erhält eine ganz andere Stoßkraft, wenn es auch im Namen jüngerer Kolonien geschieht. Freilich werden vor jedem folgen schweren Schritt die Dominions gehört werden müssen, und es wird dabei nicht an Reibungen fehlen. Aber die Zusammengehörigkeit der Kolonien mit dem Mutterlande ist doch so tief in das Bewußtsein der englischen Dominions eingebracht, daß diese Reibungen werden überwunden werden. Die Umgestaltung der englischen Staatsverfassung soll — das teilen die „Times“ in dem bereits erwähnten Artikel mit — sogar den durch die glorreiche Geschichte von Jahrhunderten gewählten Namen „The British Empire“ nicht unberührt lassen. Er soll in den Namen: British Commonwealth of the Nations („die britische Gemeinschaft der Nationen“) verwandelt werden. Mg.

Die Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz auf Sonnabend vertagt.

Die Deutschnationalen verlassen nach dramatischer Sitzung den Saal.

Der Reichstag trat am Donnerstag in die dritte Lesung des Ermächtigungsgesetzes ein. In der allgemeinen Aussprache forderte Abg. Grölich (Komm.) erneut die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes. Der Reichskanzler sollte erst einmal erklären, was er von den Verhandlungen der Industriellen mit Degoutte weiß. Wollte man die Geschäfte Deutschlands wirklich in die Hand einer kleinen Gruppe von Industriekönigen legen? Dann würde das Ermächtigungsgesetz nicht für das Kabinett bestimmt sein, sondern für die Industriekönige, die in der Abwesenheit des Reichstages und beschränkt regieren würde. Das könne kein Parlament dulden, das noch etwas auf sich halte. Der Redner wirt dann dem Wehrminister Gehler vor, er habe Verbindung mit rechtsradikalen Geheimorganisationen. Das Protokoll werde mit den Hochverrätern abrechnen.

Abg. Ledebour (b. l. Fr.) beantragt unter allgemeiner großer Unruhe, die Verhandlungen sofort zu unterbrechen und den Reichskanzler, der noch nicht im Saale sei, aufzufordern, sofort zu erscheinen und Stellung zu nehmen zu den schweren Anklagen des Abg. Grölich.

Präsident Ebbe teilt mit, daß der Reichskanzler sich bereits im Hause befunden habe. Er sei aber durch das vermutliche Ergebnis der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz veranlaßt worden, sich zum Reichspräsidenten zu begeben. (Lebh. Hört, hört! und große Bewegung.) Er werde aber sogleich wieder im Reichstage erscheinen. — Unter allgemeiner großer Unruhe stellt der Präsident die Unterstufungsfrage für den Antrag Ledebour. Zur Unterstufung erheben sich die Kommunisten, die Deutschvölkischen und einige Deutschnationalen, die aber später wieder Platz nehmen. Der Antrag Ledebour ist damit erledigt.

Abg. Henning (deutschvölk.) lehnt das Ermächtigungsgesetz ab. Der heutige Dollarstand sei ein Mißtrauensvotum für die Regierung Stresemann. Wir brauchen Neuwahlen, die einen ganz anderen Reichstag bringen werden! (Zwischen ist Reichskanzler Dr. Stresemann im Saale erschienen.) Das deutsche Volk verlangt völlige Erneuerung. Wenn das Jubentum es so weitertreibt, dann möchte ich am Tage der Abrechnung allerdings auch nicht Jude sein!

Es läuft ein Antrag der Regierungsparteien auf namentliche Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz ein.

Abg. Ledebour (b. l. Fr.) lehnt gleichfalls das Ermächtigungsgesetz ab. Es sei eine ungewöhnliche Erscheinung, daß während einer so wichtigen Debatte der Reichskanzler zunächst nicht anwesend sei. Wenn er Parteiführerbesprechungen abhalte und zum Reichspräsidenten fahre, so müsse man annehmen, daß er schon wieder die Absicht habe, zurückzutreten. (Reichskanzler Dr. Stresemann: Nein!)

Kurz nach 2 Uhr wurde ein Schlußantrag der Mehrheitsparteien gegen die Stimmen der Kommunisten, der Deutschvölkischen und der Deutschnationalen angenommen. Daraufhin begannen die Abstimmungen über die einzelnen Paragraphen.

In der dritten Nachmittagsstunde beginnen die

Kammern des Reichstages

zunächst über die Änderungsanträge, sodann über die einzelnen Paragraphen des Gesetzes. Die erste Abstimmung über einen Antrag der Deutschnationalen ist deshalb wesentlich, weil sie Schlüsse für die Hauptabstimmung über die Zusammenfassung und über die im Hause anwesenden Abgeordneten zuläßt. Diese Abstimmung ergibt, daß 371 Mitglieder im Saale sind. Mit Ja stimmen 79, mit Nein stimmen 292. Aus diesem Zahlenverhältnis ergibt sich, daß erstens zwei Drittel der Abgeordneten im Saale weilen und sich an der Abstimmung beteiligen, und daß zweitens von dieser Anzahl voraussichtlich, wenn nicht Un erwartetet dazwischenkommt, zwei Drittel der Mitglieder im Hause für das Ermächtigungsgesetz stimmen werden.

In der weiteren Abstimmung wurde zunächst der kommunistische Antrag zu § 1, das Gesetz lediglich auf die finanzpolitischen Maßnahmen zu beschränken, aber alle sozialpolitischen Maßnahmen herauszulassen, gegen die Stimmen der Tragsteller abgelehnt.

Ueber den deutschnationalen Antrag, den Schlußsatz im § 1 zu streichen, wonach von den Grundrechten der Verfassung abgewichen werden kann, wird namentlich abgestimmt. Das Ergebnis der Abstimmung war, daß 371 Karten abgegeben wurden, von denen 79 auf Ja, 292 auf Nein lauteten. Der deutschnationalen Antrag wurde damit abgelehnt.

Die weiteren Paragraphen bleiben unverändert. Der Präsident Ebbe rief sodann Einteilung und Ueberchrift des Gesetzes auf. Abg. Schulz-Bromberg (Dtn.) verlas unter allgemeiner Spannung im Hause nachstehende

deutschnationalen Erklärung:

„Wir stehen in diesem Augenblick vor einem Entschluß, der in seiner Tragweite und Bedeutung von diesem Reichstag und von keinem Parlament der Welt je gefaßt worden ist. Der in den höchsten Tönen gepriesene Parlamentarismus, aus dem ein Füllhorn von Glück und Freude auf das deutsche Volk sich ergießen sollte, gesteht seine Unfähigkeit ein, die ihm vom deutschen Volke anvertrauten Geschäfte selbstständig weiter zu treiben. Er meldet seinen Konkurs an. Er verbirgt sein Haupt und verschwindet aus den Augen des deutschen Volkes. Dem Kanzler rufen wir zu: „Morituri te salutant!“ Ein Beschluß von dieser Schwere erfordert, daß diejenigen Parteien, die die Verantwortung für ihn tragen, diese Verantwortung restlos übernehmen. Da die bisherigen Abstimmungen die durch die Verfassung gebotene Zweidrittelmehrheit der Anwesenden nicht ergeben haben, so weit die Koalition in Frage kommt, werden wir der Koalition, die im Begriffe ist, den Selbstmord des Parlamentarismus zu begehen, darin beistimmen. Wir werden bei der Abstimmung nicht im Saale anwesend sein.“ (Große Unruhe, die Deutschnationalen verlassen darauf den Sitzungssaal.)

Mit dem Auszug der Deutschnationalen ist die zu einer Verfassungsänderung nötige Zahl der Abgeordneten nicht mehr vorhanden.

Nach einer Erklärung Ledebours, der sich ebenfalls gegen das Gesetz wendet,

beantragt daher Abgeordneter Marx (Zentr.), die gesamten Verhandlungen zu vertagen. Dieser Antrag ruft im ganzen Hause große Ueberzassung hervor.

Auf der rechten und linken Seite fallen laute Mah-Rufe. Abgeordneter Ledebour springt erregt von seinem Platz und droht gegen Marx mit seiner Faust, wobei er Verwünschungen ausstößt, die in dem Lärm des Hauses untergehen. Nach weiterer Debatte, in der Abgeordneter v. Graefe scharfe Kritik an dem Verhalten Stresemanns übt, ergreift

Reichskanzler Dr. Stresemann

das Wort und erklärt:

Abg. von Graefe hat geglaubt, sagen zu können, daß ich die Absicht gehabt hätte, das Haus zu verlassen. Das ist nicht der Fall, die Entschlüsse darüber, was die Regierung tun wird, wenn das Gesetz abgelehnt werden sollte, stehen fest. Die Frage ist, wann die Abstimmung sein soll. Aber das ist nicht Sache des Kanzlers, sondern Sache der Parteien.“

Darauf wird die Sitzung auf Sonnabend mittags 1 Uhr vertagt.

Stresemann zur Reichstagsauflösung ermächtigt.

Der Reichskanzler, der sich, wie an anderer Stelle gemeldet, zu Beginn der Reichstagsitzung zum Reichspräsidenten begeben hatte, berief sofort nach seiner Rückkehr die Fraktionsführer der Regierungsparteien zu einer Besprechung zu sich. Er eröffnete ihnen, daß der Reichspräsident ihm die Ermächtigung zur Auflösung des Reichstages gegeben habe, wenn das Ermächtigungsgesetz nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit finde. Während der Plenarsitzung hielten die Sozialdemokraten eine Fraktionsitzung ab, in der versucht werden sollte, die Opposition in der Partei, die sich bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz der Stimme enthalten will, von ihrem Vorhaben abzubringen, da sonst die Auflösung des Reichstages mit ihren Folgen möglich sei. Die Sitzung war nur von kurzer Dauer.

Der amtliche Bericht über Poincarés Antwort.

Halbamtlich wird über den deutschen Schritt in Paris mitgeteilt: Der französische Ministerpräsident hat unseren Geschäftsträger, Votschatsrat von Hoeß, am Mittwoch dem 10. Oktober, empfangen und ihm auf seine Anfrage mitgeteilt, daß die französische Regierung es ablehnen müsse, mit der deutschen Regierung über Einzelheiten der Aufgabe des passiven Widerstandes zu verhandeln. Es sei die Absicht Frankreichs und Belgiens die Wiederherstellung des früheren Zustandes durch direkte Verhandlungen mit der deutschen Wirtschaft und den deutschen lokalen Behörden zu regeln.

Diese Regelung gehe allein Frankreich, Belgien und die Bewohner des besetzten Gebietes an. (1)

Eine Einflußnahme der deutschen Regierung auf die Gestaltung der Verhandlungen sei durchaus möglich, da es der deutschen Regierung freistehe, die deutschen Behörden und Organe im besetzten Gebiet mit Instruktionen über ihre Auffassung zu versehen.

Zu Verhandlungen mit der deutschen Regierung über das Gesamtproblem sei er gern bereit, sobald der passive Widerstand tatsächlich verschwunden und die Wiederherstellung des früheren Zustandes im Ruhrgebiet wieder eingetreten sei, was nach der Meinung des französischen Ministerpräsidenten in zwei bis vier Wochen der Fall sein könnte.

Die Reichsregierung, die von dem Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Paris erst Donnerstag Kenntnis nehmen konnte, wird sich in der nächsten Kabinettsitzung mit der durch die Erklärungen der französischen und belgischen Regierung geschaffenen Lage beschäftigen.

Generalfreist in Ost-Oberschlesien.

Die Streikbewegung in Polnisch-Oberschlesien ist zum Generalfreist angewachsen. Donnerstag vormittag stellten die Staatsbetriebe, wie Post, Telegraph und Eisenbahn, den Dienst ein. Infolge Unterbrechung jeglicher Verbindung ist Näheres über die Bewegung und ihre Ausdehnung auf das übrige Polen nicht zu erfahren.

Umjüngliche Kommunisten.

Verhaftungen in Breslau.

In Breslau wurde eine größere Anzahl von Kommunisten verhaftet, darunter Mitglieder der Bezirksleitung von Schlesien der K.P.D. sowie Büroperonal und Angestellte der Schlesienschen Arbeiterzeitung. Die Festnahmen stehen im Zusammenhang mit der kommunistischen Propaganda zum Zweck der Einsetzung einer Arbeiter- und Bauernregierung in Deutschland.

Inland und Ausland.

Mord in Berlin. Donnerstag vormittag ist E. D. Morel, der bekannte Führer der Labour Party, in Berlin eingetroffen. Er hatte bereits Besprechungen mit verschiedenen deutschen Gewerkschaftlern und wurde von diesen dem Reichskanzler Dr. Stresemann vorgestellt. Der Kanzler zog den englischen Parlamentarier in ein längeres Gespräch.

Die „Rote Fahne“ auf unbestimmte Zeit verboten. Der Reichswehrminister hat erneut ein Verbot gegen die „Rote Fahne“ erlassen, und zwar bis auf weiteres, weil das Blatt zur Vorbereitung des politischen Generalstreiks aufruft und die Reichswehresoldaten zur politischen Betätigung und zum Ungehorsam auffordert. Das Verbot gilt auch für jede andere Zeitung, die als Ersatz für die „Rote Fahne“ neu herausgegeben oder ihren Abonnenten zugestellt wird.

Sozialistische Einigung in Hamburg. Der sog. Hamburger Ortsauschuß unterbreitete den drei politischen Arbeiterparteien den Entwurf eines Einigungsprogramms, über den am Freitag endgültig verhandelt werden wird. Das Programm soll zum Abschluß einer engen politischen Arbeitsgemeinschaft führen.

Kapitän Killeßen im Gefängnis schwer erkrankt. Der im Rathenau-Prozess zu drei Jahren Gefängnis verurteilte Kapitän a. D. Karl Killeßen ist in der Strafanstalt Rottbus wo er seine Strafe verbüßt, so schwer erkrankt, daß die Vornahme einer Operation erforderlich wurde. Auf An-

ordnung be
diesem Zweck
Eine R
erfährt, daß
persönlichen
aber ein
bevollmächtigt
Erörterung
vollmächti
Niederl
spanische W
ist und das
14 Pro
Die W
Der vorma
den, und
Auftrag
der sein p
Aufregung
widlu
Die W
lung des g
schließung
wahrung e
Berord
Ein F
meldeben,
Republik
träglichen
waren. C
Neufloster
aus Wendi
aus Zenge
sigung i
in Verbin
sich selner
Die Ange
naten G
gefäng
Be
Auf
Die ste
eine 10
der Mitta
Die
des von
General
Schrei
kanzlei
hierzu
die stre
angestell
und daß
schriften
bestimmt
anderen
Sinnes
der Reich
Grü
„E
Z
Räume
Ezimm
berühm
Sie plo
ter. A
tangen
staubte
Die so
ster ni
gählen
einer
Kreuz
Stimm
grauer
um?“
sich w
sagte i
ihre
sich fü
tangter
Geschl
len ur
auf de
gar n
legte
hat er
füßen
Klang
fig, d
wahn
zu ab
komm
erfahr
an E
den F

Ordnung des Oberreichsanwalts Obermeyer ist Erlaßten zu diesem Zweck von Rotibus nach Leipzig übergeführt worden.

Eine Kompromißformel für Langer gefunden. Neuer erzählt, daß die belgischen, französischen und spanischen Sachverständigen, die die Langerfrage erörtert haben, sich jetzt über eine Formel geeinigt haben, die, ohne die beteiligten Regierungen zu binden, als Grundlage für die Erörterung auf einer künftigen Konferenz von Bevollmächtigten dienen werde.

Wiederhaltung der Lebensmittelpreise in Spanien. Das spanische Militärdepartement hat angeordnet, daß der Handel mit Lebensmitteln durch die Stützgewerbetreibenden zu überwachen ist und daß an den wichtigsten Lebensmitteln nicht über 14 Prozent verdient werden darf.

Die Wirren in Persien. Neuer meldet aus Teheran: Der ehemalige Minister Dawan es Saltane ist verhaftet worden, und zwar, wie ein Bericht aus Mahabad besagt, in Auftrag des persischen Kriegsministers der sein politischer Gegner ist. In Teheran herrscht große Aufregung. Man erwartet weitergehende Vermittlungen.

Die Bierbrauer gegen v. Kahr. Die Vertreterversammlung des gesamten bayerischen Brauwesens nahm eine Entschließung an, die gegen Kahr's Bierpreisverordnung Verwahrung einlegt und sofortige Aufhebung der Verordnung verlangt.

Ein Nachspiel zum Rathenau-Prozess. Wie wir bereits meldeten, hatte sich der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik mit drei Angeklagten zu beschäftigen, die der nachträglichen Begünstigung des Rathenau-Mordes angeklagt waren. Es sind dies der Student Johannes Peter aus Neutloster, der kaufmännische Angestellte Gottfried Wiese aus Wendisch-Wendlingen und der Postsekretär Paul Buesch aus Benzen. Diese drei sind der nachträglichen Begünstigung des Rathenau-Mordes angeklagt, da sie in Verbindung gestanden hätten mit Kern und Fischer, die sich letzterzeit auf der Flucht in Burg Saaleck erschossen haben. Die Angeklagten Peter und Wiese wurden zu acht Monaten Gefängnis und Buesch zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Verfügte Erzwingung des Zehnstundentages durch die Franzosen.

Essen, 11. Oktober.
Auf der Zeche „Katharina“ sind die in französischen Diensten stehenden Arbeiter, die sich weigerten, eine 10-Stundenarbeit zu leisten, unter Entziehung der Mittagskost eingesperrt worden.

Der Brief Stinnes' an den Reichskanzler.

Berlin, 11. Oktober.
Die T. U. hatte die Nachricht verbreitet, daß eine Abschrift des von Herrn Stinnes nach seiner Unterredung mit General Degoutte an den Reichskanzler gerichteten Schreibens „nach Lage der Sache nur aus der Reichskanzlei in unerlaubte Hände gelangt sein könne“ hierzu wird, offenbar halbamtlich, festgestellt, daß eine Indiskretion der Reichskanzlei gemäß der dort angestellten Nachprüfung nicht in Frage kommt und daß die in der Reichskanzlei gefertigten wenigen Abschriften reiflos in diejenigen Hände gelangt sind, für die sie bestimmt waren. Nachforschungen darüber, aus welcher anderen Quelle die Kenntnis von dem Schreiben des Herrn Stinnes in die Öffentlichkeit gedrungen ist, sind sowohl vor der Reichskanzlei wie von den sonst beteiligten amtlichen Stellen in die Wege geleitet. — Die Telegraphen-Union fordert nunmehr in einer neuen Veröffentlichung gerichtliche Klarstellung dieser Angelegenheit.

an in die Wege geleitet. — Die Telegraphen-Union fordert nunmehr in einer neuen Veröffentlichung gerichtliche Klarstellung dieser Angelegenheit.

Verarbeitungsverbot für Kartoffeln.

Herabsetzung des Brennerechts auf 50 Prozent
Der Reichsernährungsminister hat soeben die Verordnung erlassen, daß bis zum 31. Oktober die industrielle Verarbeitung von Kartoffeln in den Kartoffel-Produktions- und Stärkfabriken verboten wird.

Wolffs Telegraphen-Bureau teilt dazu mit: Die Ausichten der Herbstkartoffelernte sind nicht so günstig wie im Vorjahr. Die rechtzeitige Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Speisekartoffeln ist aber bei der in weiten Kreisen herrschenden Not und Erwerbslosigkeit in diesem Jahre vor noch größerer Bedeutung als sonst. Ueber dies birgt die verspätete Ernte die Gefahr in sich, daß der Winterbedarf der Bevölkerung nur schwer vor Eintritt des Frostes eingeliefert werden kann, wenn nicht eine Verwendung der Kartoffeln zu andern als Speisewezden beschränkt wird. Es wird daher durch die Verordnung vom 3. 10. 1922 das Brennrecht für Kartoffeln von 100 Prozent auf 50 Prozent herabgesetzt. Eine Verwendung des aus Kartoffeln hergestellten Spiritus für Trinzwecke findet nicht statt.

Belgisches Ein'enken?

Nur Opportunitätsgründe!
Der Brüsseler Berichterstatter des „Deure“ berichtet Minister Jaspars habe einigen Ministern erklärt, die Arbeit des Deutschen Reiches sei unerläßlich, wenn man eine Reihe praktischer Einzelfragen regeln wolle. Deshalb habe man auch der halbamtlichen Havasnote über die Ablehnung der deutschen Vorschläge keine große Bedeutung beimessen. Selbst wenn sie die Gedanken des französischen Ministerpräsidenten richtig wiedergäbe, sei sie doch mehr aus Opportunitätsgründen veröffentlicht worden, als daß sie eine grundsätzliche Stellungnahme enthalte.

Nach zwölfjähriger Beratung angenommen.

Ein parlamentarischer Rekord Chinas.
Aus Peking wird unter dem 10. Oktober gemeldet: Heute vormittag wurde dem neuen Präsidenten Tsaokun gehuligt. Später wählte er die Verkündigung der Verfassung im Parlament bei und legte den Eid ab. Die Verfassung ist gestern nach zwölfjähriger Beratung durch das Parlament genehmigt worden.

Aus aller Welt.

Die Feuerungswelle. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den 8. 10. auf das 109,1millionenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vormoche (40,4 Millionen) beträgt somit 170,0 v. H. Infolge der fortgeschrittenen Marktentwertung hat sich das

Niveau der Großhandelspreise nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts in der Zeit vom 2. bis 2. Oktober um 264 v. H. auf das 307,4millionenfache des Friedensstandes gehoben. Der Dollarkurs wurde am 2. Oktober mit 320 Millionen Mark notiert. Die Steigerung beträgt 276 v. H., so daß sich das Goldniveau der Großhandelsindexziffer (1913 = 100) von 110,8 (Gold) auf 107,8 (Gold) senkte. Von den Hauptgruppen stiegen die Einfuhrwaren um 260,1 v. H. auf das 305,9millionenfache, ferner die Lebensmittel (im Großhandel) um 256,7 v. H. auf das 185,5millionenfache und die Industriefabrikate um 269,5 v. H. auf das 536,5millionenfache des Friedensstandes.

Briefe mit durchstrichener Aufschrift zur Beförderung nicht mehr zugelassen. Gewöhnliche Briefsendungen, auf deren Umschlägen die erste Aufschrift u. w. durchstrichen und durch eine zweite Aufschrift — sei es auf der Vorder- oder Rückseite — ersetzt ist, sind mit Rücksicht auf die Unzulässigkeiten, die sich für den Postbetrieb ergeben haben, zur Postbeförderung nicht mehr zugelassen. Es bleibt aber weiterhin gestattet, gebrauchte Briefumschläge zwecks Wiederbenutzung zu wenden oder so zu überliefern, daß die alte Aufschrift und die früher verwendeten Marken, Stempel, Zettel usw. vollständig verdeckt sind. Auch ist versuchsweise zugelassen worden, bei gewöhnlichen Briefsendungen des inneren deutschen Verkehrs Briefumschläge mit zwei voneinander abgekehrten Aufschriftfeldern zu verwenden.

Kampf zwischen Steinadlern und Gamsen. In den Alpenbergen der Schweiz horsteten an vier oder fünf Orten auch Steinadler. Dort beobachteten dieser Tage einige Männer ein Rudel Gamsen von ungefähr 20 Stück, darunter einige diesjährige Zicklein. Ueber der Gruppe kreiste in geringer Höhe ein stolzes Adlerpaar, das unermüdet mit Flügelschlägen die alten Tiere auseinanderzutreiben versuchte, um sich sodann auf die junge Beute zu stürzen. Doch jene umstellten kampfbereit und instinktiv ihre Jungen so, daß diese immer geschützt hart an der Felswand standen, von wo ihnen keine Gefahr drohen konnte. Obwohl die Adler über zwanzigmal Angriffsversuche machten, gelang es ihnen doch nicht, an die Jungen heranzukommen, und sie mußten den Kampf unverrichteter Dinge aufgeben.

Der gesprengte Eisberg. Ein 350 Fuß langer Eisberg mit zwei Spitzen, von denen die höchste 170 Fuß über den Wasser stand, war in das warme Gewässer des Golfstromes südlich von den Grand Banks von Neufundland getrieben worden und bedrohte ernstlich die großen Dampfschiffe, welche den Atlantischen Ozean durchkreuzen. Um diese Gefahr zu beseitigen, wurde beschlossen, den Eisberg durch eine Mine zu zerstören. Als die Mine explodierte, fiel ein Wasserfäule stieg betnahe bis zur Spitze des Berges. Ein sende Tonnen von Eis lösten sich los und fielen mit einem furchtbaren Getöse ins Meer. Der Eisberg stieg einen Moment in majestätischer Höhe aus dem Wasser empor. Als er die größte Höhe erreicht hatte, vernahm man ein furchtbares Krachen; der Eisberg zerbrach in zwei Stücke. Das Sprengen dieses Eisberges beschleunigte zweifellos um einige Tage das Verschwinden einer Gefahr für die Schifffahrt.

Amerikanische Räuberfreiheit. Hier bewaffneten Räuber überfielen mitten in der New Yorker City einen Banknoten, erschossen seinen Begleiter und raubten 12 500 Dollar. Einer der Räuber wurde getötet, die anderen entkamen.

Grüner Rasen, blaue Wellen.

Roman von Otto v. Cottberg.
(3. Fortsetzung.)

„Du Tisch, Papa!“ riefen sie in die Tür. Er zwang sich, heiter zu blicken, und folgte ihnen über den langen Korridor. Die Wand zur Linken trug bis zur Höhe nur die eine Tür zum verschlossenen großen Festsaal. Vor ihr saßen die Töchter des Vaters Arme mit Fragen nach dem Urteil des Arztes. Härtlich wie selten lächelte er auf ihre Köpfe herab: „Er gibt mir noch Zeit!“

Durch eine Tür gegenüber der Holzstiege zu den Räumen im Oberstock traten sie in das eichengetäfelte Wohnzimmer mit rundem Tisch. Beim Öffnen der Suppe beruhigte der Vater die Töchter über sein Ergehen. Sie plauderten bald von der Begegnung mit dem Vater. Die immer gesprächige Elisabeth schilderte mit tanzen den Augen sein geräuntes Gesicht, das bestaubte Haar, den durchweichten, abgeseuerten Rock. Die sonst stille, ernste Gerda gönnte heute der Schwester nicht das Wort. Tief atmete sie nach langem Erschließen auf: „Männlicher sah Werner aus und trug als einer von wenigen seiner Truppe schon das Eiserne Kreuz!“ Ihre Augen suchten den Keller, und die Stimme sank: „Das war auch zu erwarten.“

Der Vater sah sie scharf an. Die Stirn über dem grauen Gesicht trug tiefere Runzeln als sonst: „Warum?“

Gerda immer leicht flammende Wangen röteten sich wieder. Vielleicht darum neigte sie den Kopf und sagte bestimmt, aber auch schnell und leise, als heische ihre Behauptung kaum eine Erläuterung: „Das läßt sich fühlen, aber nicht erklären.“

„Doch! Ich kann's erklären!“ Elisabeths Augen tanzten: „Werner war nie sehr lustig, aber der Erste, Geschickteste und Mutigste schon beim Turnen und Spielen und doch immer bescheiden. Auch heute wartete er auf den Fuß so verlegen oder besangen, als wisse er gar nicht.“

Sie verstummte, weil der Vater die Gabel niederlegte und ihr ungläubig in die Augen sah: „Geführt hat er dich, Elisabeth? Junge Damen lassen sich nie fassen.“

Er schlug die Finger auf den Tisch. Seine Worte klangen hart und streng. Dann schloß er ungeschlüssig, denn wieder spürte er vor den Kindern das gewohnte Unbehagen der Befangenheit. Er wählte sich zu alt, um sie wirklich zu verstehen oder ihnen nahezu kommen. Gerda sah einen seuchten Schimmer in der erschrockenen Schwester Augen. Sie dachte ihr Teil an Schuld und Scheltworten auf sich zu nehmen und hob den Kopf. Die Augen konnte sie nicht nicht voll auf-

schlagen, und ihre Stimme war unsicher: „Papa, auch ich habe ihn zum Abschied geküßt.“

Wider Erwarten schienen ihre Worte den Vater zu befriedigen. Er sprach freundlicher: „Dann ist es nicht so schlimm, mein Kind! Auch wirst du rot und scheinst dich wenigstens zu schämen!“ Er rüttelte die Klöße von zwei jungen Mädchen durften als nur verwandtschaftliche gelten. Jetzt hätte er den Töchtern gern von ihrer Zukunft und vom Heiraten gesprochen. Als erwachsene Mädchen mußten sie hören, daß Frauen zwar nicht nach Geld heirateten, aber doch Vorsicht im Verkehr mit unbegüterten Männern walten lassen sollten. Das Vermögen des Generalleutnants v. Drewh war klein und nicht nur seines Sohnes Armut für die Töchter ein Grund, in Werner nie mehr als der Better zu sehen. Er räuferte sich wieder, stützte die Armgelenke auf die Tischplatte und den Rücken an die Stuhllehne.

Elisabeths Augen suchten die der Schwester. Wenn Vater es sich am Tisch bequem machte, statt nach der Wahlheit in sein Arbeitszimmer zu gehen, hielt er gewöhnlich eine Rede. Am liebsten verglich er die alte mit der neuen Zeit. Gegenwart und Jugend schnitten dann schlecht ab, obwohl Gerda oft den Mut fand, zu widersprechen oder zu scherzen, bis der Vater zugab, auch die Jugend habe ein Recht auf eigene Gestaltung ihres Lebens. Die Aeltere verstand den Will und drehte sich nach links zum Vater: „Darfen wir aufsehen? Es ist Zeit, auf den Bahnhof zu gehen.“

Elisabeth sprang gar schon auf die Füße und neigte die Lippen zum Kuß auf des Vaters Wangen. „Bekommen wir den Wagen?“

Er streich ihr ungeschlüssig über das braune Haar, denn ungern verlagte er den Kindern Wünsche.

Gerda kam ihm zu Hilfe: „Elisabeth, wir müssen bis zum Frieden die Pferde schonen und unsere Räder nehmen.“

Der Vater lächelte: „Gerda, du bleibst mein Musterkind!“ Doch zog er sich Elisabeths Köpfe näher, um einen Kuß auf ihren Mund zu drücken. Die Aeltere streichelte er nur mit den Fingern, während ihre Lippen seine Wangen streiften. Gerda wunderte sich nicht. Alle Menschen und Tiere, auch Tras die Dänin, und Ujar, der Schotte, schenken Elisabeth mehr Liebe als ihr.

Durch das Fenster seines Arbeitszimmers sah der Alte die Töchter aus dem Haus treten und auf ihre Räder steigen. Ueber den Kleidern trugen sie gestreifte Seidenjacken, die ein Bürtel über den Hüften umschnürte. Die der blonden Gerda war hellblau. Die braunhaarige Elisabeth trug leuchtendes Altgold. Auf beiden Köpfen lagen Bispelmützen von Farbe und Gewebe der Jaden. Allerliebst sahen die Kinder aus.

beide, aber verschieden, wie von Erscheinung, so auch von Art.

Die schon wieder lachend scherzende Elisabeth lag beim Anfahren vornüber und hob bei einem Schwanken des Rades den rechten Arm mit dem durch die Schellen hallenden Zauber eines ausgelassenen Jungen. Gerda sah mit der gemessenen Würde einer Dame auch auf dem abscheulichen Fahrzeug einer neuen Zeit. Da sausten sie aus dem Hof.

Auf der Landstraße drehte Elisabeth den Kopf zu der Schwester: „Papa meint es herzlich gut, aber als er jung war, muß das Leben entschließ langweilig gewesen sein. Warum sollen wir einen ins Feld gehenden Better nicht küssen?“

Gerda sah lange vor sich auf den Weg und fragte dann dringlich: „Hast du wirklich nur den Better geküßt?“ Sie drehte den Kopf.

In ihren großen blauen Augen stand so banges Warten oder Zweifeln, daß Elisabeth ihren Blick nied: „Er ist doch vorläufig nur unser Better!“

„Vorläufig, Elisabeth, das klingt...“

„Nein, nein, Gerda!“ Die Jüngere wäre fast mit dem Rade gefallen. Schnell fing sie das Gewicht des Körpers mit dem die Erde stapfen den rechten Fuß auf und stand verwirrt, während die wartende Gerda eine Kurve fuhr.

Endlich sah die Jüngere wieder auf, holte die an-fahrende Schwester ein und fragte leise, fast ängstlich: „Gerda, glaubst du, wir könnten uns je streiten oder entzweien?“

Gerda nachdenkliche Augen sahen gerade aus. Langsam aber entschieden schüttelte sie den Kopf. „Nein, Liebes, wir sind uns gut und wollen es auch bleiben. Nicht wahr?“

Da erst drehte sie wieder den Kopf zur Schwester. Ihre weiße Gesichtshaut stammte bis zum blauen Bispelmützen in heißer Rote.

„Gerda Drewh, wenn du dich so malen lassen könntest, wunderschön siehst du aus.“

Die Blonde lachte fröhlich: „Aber dich nennen alle die hübschere Schwester.“

Wenn ein Prinz inognito reist. Inognito reisen, wenn man königlicher Prinz ist, kann auch seine Nachteile haben. Wie der "Prinz" aus Ottawa erzählt, mußte der Prinz von Wales, als er vor einiger Zeit unter dem Namen Lord Kenfrew in Quebec an Land gehen wollte, genau wie der letzte seiner Reisegefährten die Fragen beantworten die ihm offiziell, wenn auch in seinem Range gebührende Form, die Beamten des Immigrationdienstes stellten. Als ihnen hier einige dieser Fragen mit den entsprechenden prinzipialen Antworten folgen: Gegenwärtige Beschäftigung? — Gar keine. Zukünftige Beschäftigung? — Gar keine. Zweck ihrer Reise nach Kanada? — Um mich zu amüsieren. Wieviel Geld besitzen Sie? — Für meine gegenwärtigen Bedürfnisse genug. Können Sie lesen? — Ja. In welcher Sprache? — Nur in fünf. Mit diesen, wenn auch ein wenig ausweichenderen Fragen zufrieden, drückte der kanadische Beamte seinen feuchten Stempel auf den Paß des Lord Kenfrew, der nun ermüdet war, das Festland zu betreten, dessen unbefristeter Souverän sein Vater ist.

Der heilige Laurentius wurde von dem gotischen Flügelaltar in Rehermarkt (Oberösterreich) eine 96 Zentimeter hohe, nicht bemalte Holzstatue des heiligen Laurentius gestohlen, die neben bedeutendem materiellen Wert einen noch viel höheren kunstgeschichtlichen und kulturhistorischen Wert besitzt und in den letzten Jahrzehnten wiederholt in zahlreichen kunstgeschichtlichen Werken des In- und Auslandes abgebildet wurde.

Musik ist gut für den Haarwuchs! Ein Pariser Professor, der sich mit dem Studium der Haahlöpfigkeit beschäftigt, hat festgestellt, daß der Beruf des Musikers der geeignetste für den Haarwuchs ist. Nur zwei Prozent der Musiker leiden an Haahlöpfigkeit, während zehn Prozent aller Literaten an chronischem Haarschwund leiden.

Ausgrabungen im südwestlichen Spanien. Die spanische Presse meldet aus Sanlúcar (Provinz Cadix), bei den Ausgrabungen des Professors Schulten sei man zwar nicht auf die gesuchte phönizische Stadt gestossen, wohl aber auf eine römische Niederlassung aus dem 2. Jahrhundert.

Eine vorgeschichtliche Stadt am Stillen Ozean. Bei Erdarbeiten in der Nähe von Colima an der pazifischen Küste Mexikos stießen Gelehrter auf die Überreste einer vorgeschichtlichen Stadt, die zu den ältesten Siedlungen der Neuen Welt zu gehören scheint. In zahlreichen, aus unbewohnten Steinen errichteten Kuppelbauten wurden Skelette vorgefunden. Schind und Götterbilder aus Ton sowie die charakteristische Bauform weisen auf eine Periode vor der Einwanderung der Azteken, die zurzeit der spanischen Eroberung Westmexiko bewohnten, zurück.

Ein amerikanisches Sportdyll.

In den Vereinigten Staaten spielte sich dieser Tage ein Boxkampf unter sonderbaren Begleitumständen ab. Durch eine geschickte Reklame hatten die Managers fast die ganze Bevölkerung der Stadt Columbus im Staate Georgia und der Umgebung für die Begegnung zwischen dem irischen Meister MacTigue und dem Bogen Stridling zu interessieren verstanden. Das Interesse war um so stärker, als Stridling, ein jugendlicher Bogen, ein Einwohner von Columbus ist, so daß der Lokalpatriotismus stark angefaßt war. Ansporn vor Beginn des Kampfes verlautete jedoch, daß MacTigue sich wegen des Bruches eines Daumens weigere, zu boxen. Eine große Anzahl darob enttäuschte junger Burschen stürmte nun das Hotel, in dem der irische Meister abgestiegen war, und machte Miene, ihn zu lynchen. Die Polizei verhinderte zwar noch das Vergehen, aber schließlich blieb MacTigue doch nichts anderes übrig, als vor das Haus zu treten und der aufgeregten Menge zu versichern, daß er zum Kampf antreten und mit einer Hand boxen werde.

Zur festgesetzten Stunde erschien der Ire auf dem Kampfsplatz, aber er versuchte noch in letzter Minute, mit Rücksicht auf seine Blessur eine Verschiebung des Treffens zu erreichen. Die wütende Menge ließ jedoch nicht mit sich spielen. Sie stürmte die Kabine des irischen Meisters und jagte ihn mit Revolverschüssen in den Ring. Noch zehn Runden erbitterter Streites wurde der Kampf von dem Schiedsrichter als unentschieden erklärt. Das wollten die Zuschauer nicht zugeben. Sie hatten gehofft, die Bekämpfung des Iren würde ihnen zu einem Sieg des heimischen Bogers verhelfen und hielten sich nun durch die Entscheidung des Schiedsrichters, der den Kampf abbrechen ließ, für betrogen. Jetzt fiel die Menge über den Schiedsrichter her, verprügelte ihn und nötigte ihn, sein Urteil zu widerrufen. Die Jury ließ sich aber vom Böbel nicht einschüchtern und erkannte offiziell die erste Entscheidung des Schiedsrichters als die gültige. Um den Unparteilichen vor neuen Mißhandlungen oder noch Schlimmerem zu bewahren, nahm ihn die Polizei in Schutzhaft und ließ ihn später unter harter Bedeckung in sein Hotel eskortieren. Daß die erregte Bevölkerung zum Schlimmsten entschlossen war, geht daraus hervor, daß sie dem Manager des Iren gedroht hatte, sie würde ihn aufhängen, wenn er den Kampf nicht durchführen ließe.

Berliner Freiverkehr vom Donnerstag.

Die heutige Börse hatte wieder einmal mit einer kleinen Ueberraschung aufzuwarten. Dollarnoten hatten weit unter New Yorker Parität mit etwa 6-7 Milliarden Mark eingeseht und zu ungefähr gleichem Kursstande auch zu Beginn des offiziellen Verkehrs eröffnet. Zu Geschäftsabzählungen kam es jedoch fast überhaupt nicht, und der Verkehr wickelte sich in äußerer ruhigen Ordnung ab. Jedoch kurz vor Feststellung der amtlichen Kurse zeigte sich plötzlich eine ziemlich empfindliche Abwärtsbewegung bei ausländischen Zahlungsmitteln, und zwar auf starke Interventionen der Reichsbank, ein. Diese Abwärtsbewegung hielt auch während der Festlegung der amtlichen Kurse an, und das englische Pfund wurde mit 28 Milliarden Mark amtlich festgesetzt. Die Zuteilungen wurden heute von der Reichsbank beitragsmäßig erhöht, und zwar betragen sie bei Auszahlung London 76 Prozent, bei Auszahlung New York 75 Prozent und bei Auszahlung Holland 60 Prozent. Dollarnoten stellten sich amtlich auf 5 000 Millionen Mark und holländische Guldennoten auf 1 000 Millionen Mark. — Bei lebhaftem Geschäft und regen Umsätzen gingen Dollarabzählungen im Zusammenhang mit der Abwärtsbewegung der ausländischen Zahlungsmittel auf 4,8 Milliarden Prozent und Goldanleihe auf 4,1 Milliarden Mark zurück.

Für Effekten waren in den heutigen Morgenstunden weitere Rufe angemeldet. Doch war auch hier angesichts des hohen Kursstandes eine gewisse Zurückhaltung unverkennbar, und die morgige Tendenz dürfte in erster Linie von der weiteren Entwicklung des Devisenmarktes abhängen.

Waren	Vorrats-Verschärfung	11. Oktober	10. Oktober
		GR	GR
Dollar	4.20	504785000	507365000
Engl. Pfund	20.00	229420000	230570000
Holl. Gulden	1.07	198502500	199497000
Dän. Krone	1.12	993780000	998240000
Schwed. Kr.	1.12	188286000	188884000
Statten. Öster	0.80	229425000	230570000
Schweiz. Fr.	0.80	908785000	908265000
Frank. Fr.	0.80	308285000	308785000
Belg. Fr.	0.80	259850000	260650000
Italien. Kr.	—	151820000	152380000
Span. Pseta	0.80	678300000	681700000

Wie stehen die Preise?

Alle Ziffern in Millionen.

Dollar amtlich (11. Oktober)	5 060
Goldmark	1 204
Goldzoll bzw. Landabgabemark	137
Reichsrichtzahl (Lebenshaltungsindex)	109,1
[Steigerung gegen Vorwoche 170%]	
1 Zentner Roggen (amtlich)	6 500
1 Zentner Kartoffeln	
Großhandelsindex (Sticht. 2. Okt.)	307,4
[Steigerung gegen Vorwoche 264%]	
Fernbrief bzw. Postkarte	5 bzw. 2
Buchhandelschlüssel	800
Krizeindex	200
Anzeigenschlüssel	0,6
Buchdruckindex	19,5
*	
Tägliches Geld (geg. Eff.)	2-3% pro Tag
Soldankauspreis	640 Dollar pr. kg
Silberankauspreis	das 55 Milll. d. Neuw.

Beste Nachrichten.

General von Conda in contumaciam verurteilt. Paris, 11. Oktober. In Amiens hat das Kriegsgericht den deutschen General von Conda, der während des Krieges das 4. deutsche Armeekorps an der Aisne kommandierte, zu 20 Jahren Zuchthaus in contumaciam verurteilt. Dem General wird zur Last gelegt, wertvolle Kunstschätze aus dem Museum Mauthamps im Werte von 800 000 Franken entfernt zu haben. In derselben Sitzung wurde der deutsche Hauptmann Schulz zu 5 Jahren Zuchthaus und einer Geldstrafe von 500 Franken verurteilt. Dem Hauptmann werden ähnliche Vergehen zur Last gelegt.

Zusammenstoß in Köln.

Köln, 11. Oktober. Heute ist es im Stadtkern zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizei gekommen. Die Polizei mußte von der blanken Waffe Gebrauch machen. Ob hierbei Personen verletzt worden sind, konnte noch nicht festgestellt werden. Es wurden Lebensmittelgeschäfte geplündert und ein auf der Straße haltendes Auto mit Schutzwaren beraubt.

Der Plan der Zusammenkunft.

Berlin, 11. Oktober. Der Berliner Korrespondent der Wiener Reichspost teilt mit, Reichskanzler Stresemann werde in den nächsten Tagen in einer alpenländischen Grenzstadt Osterreichs mit dem Bundeskanzler Dr. Seipel zusammenzutreffen. Dem äußeren Anlaß bilde die bis jetzt immer wieder hinauszugedertete Erfüllung der Höflichkeitspflicht eines Gegenbesuches für den letzten Besuch des Bundeskanzlers in Berlin. In politischen Kreisen Berlins müsse man dieser Zusammenkunft größte Bedeutung bei.

Protuberanz für bedürftige kinderreiche Familien.

Berlin, 11. Oktober. In der heutigen Vollversammlung des Reichsrates machte der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Ministerialdirektor Dr. Ritter, Mitteilung davon, daß vom 15. Oktober ab für besonders bedürftige kinderreiche Familien eine Protuberanz eintritt. Diese Verbilligung kommt nur den Gemeinden von 20 Tausend und mehr Einwohnern zugute. Die Länder können Ausnahmen zulassen.

Kirchliche Nachrichten.

- Sonnabend den 13. Oktober 1923.
- Johnsbach. 2 Uhr Abendmahl.
 - Sonntag den 14. Oktober 1923. — 20. n. Trinitatis. Kollekte für die Heiligengedächtniskirche in Stolberg.
 - Dippoldswalde. 8 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl: Pfarrer Rosen. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pfarrer Rosen. 11 Uhr Kindergottesdienst 2. Abt.: Pfarrer Rosen.
 - Jennersdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst.
 - Johnsbach. 1/9 Uhr Abendmahl. 9 Uhr Predigtgottesdienst.
 - Ripsdorf. 3 Uhr Predigtgottesdienst, anschließend Kindergottesdienst: Pastor Heinrich.
 - Kreitzsch. 8 Uhr Beichte und Feyer des heiligen Abendmahls. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 3 Uhr Lausgottesdienst. Kollekte für die Heiligengedächtniskirche in Stolberg. Ergeben.
 - Dessa. 9 Uhr Predigtgottesdienst.
 - Poppendorf. 1/9 Uhr Beichte und Abendmahlsfeier: Pfarrer Vorwerk. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pfarrer Rabler.
 - Reichstädt. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 1/11 Uhr Kindergottesdienst.
 - Ruppendorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 1/11 Uhr Kindergottesdienst.
 - Schmieberg. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pfarrer Koch-Sabisdorf.
 - Sabisdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pfarrer Friedrich-Schmieberg.
 - Schellerau. 9.30 Uhr Predigtgottesdienst, anschl. Abendmahl. (Erntedankfest bis auf weiteres verschoben).

Wapfingengemeinde Schmiedeburg. (Villa Ida.) Jeden Sonntag 9 1/2 Uhr Gottesdienst. 10 1/2 Uhr Sonntagschule. 4 1/2 Uhr Gottesdienst. — Jeden Donnerstag 7 1/2 Uhr Bibelstunde.

Freitag vormittag (Freiverkehr): Dollar 4800-4900 Millionen Krone 148 Millionen

Schlachtviehpreise auf dem Viehhoofe Dresden

am 11. Oktober 1923.

Lebendgewicht in Millionen, Schlachtgewicht in tausend Mark.

- 1. Rinder: Ochsen (-): Vollfleischige, ausgewählte, höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren — — — — —, junge fleischige nicht ausgewählte, ältere ausgewählte — — — — —, mäßig genährte junge, gut genährte ältere — — — — —. Bullen (?): Vollfleischige, ausgewählte, höchsten Schlachtwertes 80, 138 000, vollfleischige jüngere 70, 127 272, mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 60, 115 385. Kalben und Rinde (B): Vollfleischige ausgewählte Kalben höchsten Schlachtwertes 80, 145 454, vollfleischige, ausgewählte Rinde höchsten Schlachtwertes bis zu 1 Jahren 70, 134 615. Ältere, ausgewählte Rinde und gut ernährte jüngere Rinde und Kalben 60, 133 333, gut genährte

Rinde und mäßig genährte Kalben — — — — — Rindische — — — — —. Rinder (90): beste Mast- und Saugläder 70, 1129 1/2, mittlere Mast- und gute Saugläder 60, 100000. Schafe (7): Montagapreise. — Schweine: (24): vollfleischige der feinen Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 160, 251 380, Fettfleischige 160, 200000, fleischige 150, 200000.

Insgesamt 137 Tiere. Geschäftsgang: gut. Ausnahmepreise über Notiz. — Außerdem zur sofortigen Schlachtung nicht auf den Markt gestellt Rinder (davon 20 jährlings, 67 Rinder, 110 Schafe (alles Kölschfleisch), 194 Schweine (davon 138 jährlings). Die Stallpreise sind nach den neuen Richtlinien der Landespreisprüfungsstelle für Rinder 20%, für Rinder und Schafe 18% und für Schweine 16% niedriger als die hier aufgeführten Marktpreise.

Stadtverordnetenwahl.

- Die Wahl findet Sonntag den 18. November d. J. von vormittags 9 bis nachmittags 6 Uhr statt.
- Zu wählen sind 15 Stadtverordnete.
- Die Wahlerlisten liegen vom 21. bis mit 28. Oktober vormittags von 8-12 Uhr im Rathaus, Zimmer Nr. 16, zur Einsichtnahme aus.
- Jeder, der die Wahlerliste für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis 28. Oktober beim Stadtrat schriftlich anzeigen oder zur Niederschrift geben. Soweit die Richtigkeit keiner Angaben nicht offenkundig ist, hat er für die Beweismittel beizubringen.
- Es werden 2 Wahlbezirke gebildet. Der 1. Wahlbezirk umfaßt die Häuser Ortslistennummer 1-200 Abteilung A, der 2. Bezirk die Häuser Ortslistennummer 201-316 Abteilung A und 1-112 Abteilung B.
- Der Wahlraum für den 1. Bezirk ist das Rathauszimmer, für den 2. Bezirk der Sitzungssaal.
- Wahlvorsteher für den 1. Bezirk ist Herr Stadtrat Giehoff, dessen Stellvertreter Herr Stadtrat Schwind, für den 2. Bezirk Herr Stadtrat Jäckel, dessen Stellvertreter Herr Stadtrat Voigt.
- Dem Gemeindevorstandsschaffe, dem die Prüfung der Wahlorschläge, Entscheidung über Beschwerden gegen Entscheidungen des Wahlvorstandes, Feststellung des Abstimmungsergebnisses und Verteilung der zu vergebenden Sitze obliegt, gehören folgende Herren an: Bürgermeister Herrmann, Vorsitzender; Stadtrat Palm, Kaufmann Gsch, Stadtvorordnete Heeger, Stadtvorordnete Heil, Beiliger; Verwaltungsinспектор Zeyhe, Schriftführer.
- Die Wahlorschläge sind bis spätestens den 28. Oktober beim Gemeindevorstand einzureichen.

Die bei Ausfertigung und Einreichung der Wahlorschläge, Verbindung von Wahlorschlägen usw. zu beachtenden Bestimmungen der Gemeindevorstandsordnung können im Rathaus, Zimmer Nr. 14, eingesehen werden.

Dippoldswalde, den 12. Oktober 1923.

Der Gemeindevorstand.

Herbstjahrmarkt

(am 14. ds. Mts.) findet nicht statt. Stadtrat Dippoldswalde.

Für die anlässlich unserer Vermählung dargebrachten Glückwünsche, Ergrungen und wertvollen Geschenke sagen wir im Namen unserer Eltern unseren herzlichsten Dank.

Reichstädt, den 12. Oktober 1923.

Richard Heerklotz und Frau Elsa geb. Reichel
Oskar Hesse und Frau Elisabeth geb. Heerklotz

Jugendverein „Einigkeit“ Beerwalde

Sonnabend den 13. Oktober 1923
Abends 7 1/2 Uhr eine

Öffentliche Einwohnerversammlung

Die Kartoffelversorgung der Stadt

STERN-LICHTSPIELE

Die Todeskarawane

Maschinenfabrik Kappell AG Chemnitz

Geräuschloser Wagenaufzug
Herausnehmbarer Innenwagen
sofort lieferbar
Hauptvertrieb Friedrich Wollt,
Dresden-W., Neumarkt 4.
Telefon 22630.

W. verw. Heine
zugleich für alle Hinterbliebenen
Dippoldswalde, im Oktober 1923

Für die beim Selbstage unseres lieben Gatten und Vaters erwiesene wohlthuende Anteilnahme dankt allen bewegten Herzens

W. verw. Heine
zugleich für alle Hinterbliebenen
Dippoldswalde, im Oktober 1923